Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 9

Artikel: Neue Technologien und die Mitbestimmung am Beispiel von Österreich : Humanisierung der Arbeit

Autor: Dallinger, Alfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340271

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Sozialdemokratie muss gemeinsam mit der Gewerkschaft weiter daran arbeiten, *durch technische Neuerungen soziale Utopien möglich zu machen,* anders gesagt: der Technik neue «utopische Antriebe» *abzupressen.*

(Wird in der Oktober-Nummer fortgesetzt).

Anmerkungen

1 So z.B. Dieter Otten, Ingomar Hauchler in Neue Gesellschaft 12/84.

2 Horst Kern/Michael Schumann. Ende der Arbeitsteilung? 1984 - Gute Zusammenfassungen der Ergebnisse sind: «Neue Produktionskonzepte haben Chancen», in: SOFI, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.), Mitteilungen Nr. 9/1984 und: diess., «Ende der Arbeitsteilung? - Eine Herausforderung für die Gewerkschaften», Gewerkschaftliche Monatshefte 1/85. - Das Zitat hieraus, Seite 31.

3 Karin Benz-Overhage, «Die Fabrik der Zukunft. Wie werden wir morgen arbeiten?», in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/84.

4 Kern/Schumann. SOFI, a.a.O., Seite 8.

5 Siehe hierzu u.a. Rudolf Hickel, «Technologische Arbeitslosigkeit - Keine Frage der Technik», in: «Blätter für deutsche und internationale Politik 10/84.

6 Ernst Breit, «Fortschritt - gegen, ohne oder durch die Gewerkschaften?», in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/85.

7 IG Metall, Aktionsprogramm: Arbeit und Technik «Der Mensch muss bleiben!», November 1984, Seite 9.

8 Franz Steinkühler, «Sozial verträgliche Technik gefordert», in: Süddeutsche Zeitung vom 28.12.84.

Neue Technologien und die Mitbestimmung am Beispiel von Österreich

Humanisierung der Arbeit

Von Alfred Dallinger, Bundesminister, Wien

Die Zukunft der Arbeit kann es nicht sein, dass die einen Arbeit haben und die anderen nicht. Die Zukunft kann es aber auch nicht sein, dass die, die Arbeit haben, diese als Zwangsarbeit ansehen müssen.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Frage nach der Mitbestimmung, nach der Demokratisierung der Wirtschaft als einem Teil der gesellschaftlichen Weiterentwicklung, seit Beginn der Arbeiterbewegung Generalthema und permanente Zielsetzung war. Sie ist es nach wie vor. Geändert haben sich die Rahmenbedingungen und das Umfeld gewerkschaftlichen Handelns.

Mehr als ein Jahrhundert ist her, seit in Österreich die ersten Ansätze einer betrieblichen Mitbestimmung in die Realität umgesetzt werden konnten.

Ich erinnere an die 1883 in der Gewerbeordnung verankerten Gehilfenversammlungen und Gehilfenausschüsse und die Lokalarbeiterausschüsse im Bereich des Bergbaus. Die Mitbestimmung bezog sich auf Mitwirkung bei der Verwaltung betrieblicher Sozialeinrichtungen, bei der Überwachung der Befolgung von Dienstordnungen und von Sicherheits- und Schutzbestimmungen. Eine erste programmatische Verankerung der Mitbestimmung - bezogen auf den Arbeitsschutz - ist im Hainfelder Programm der Sozialdemokratie zu finden.

Am Beginn der Ersten Republik gewannen im Zuge der Sozialisierungskonzeption die Überlegungen, Betriebsräte als gesetzlich zu realisierendes und praktisch tätiges Organ zu installieren, an Bedeutung.

Die Installation von Betriebsräten stellt einen deutlichen Schritt vorwärts auf dem Weg zur betrieblichen Demokratie dar. Und so findet sich die erste, 1919 gesetzmässig verankerte, betriebliche Vertretungsinstanz der arbeitenden Menschen im Spannungsfeld zwischen Ordnungsmacht und Gegenmacht zu unternehmerischen Zielvorstellungen. In einem Kommentar der «Arbeiter-Zeitung» - der Otto Bauer zugeschrieben wird - heisst es geradezu visionär:

«Seinem Inhalt nach kann das Gesetz über die Betriebsräte zu einem bedeutsamen Schritt auf dem Weg zum Sozialismus werden. Doch was es wirklich werden wird, darüber werden die Energie und der Geist entscheiden, mit dem sich die Arbeiterschaft der neuen Rechte bemächtigen wird.»

65 Jahre danach stehen diese Energie, der Geist und die Aufgabe der Arbeiterbewegung noch immer zur Diskussion und sie stellen angesichts der aktuellen Diskussion zum Arbeitsverfassungsgesetz eine neue Chance und Bewährungsprobe dar.

Gewerkschaften und technischer Fortschritt

Am Beginn der Zweiten Republik entstand in unserem Land - anders als in der übrigen Welt - eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die durch die gemeinsamen Erfahrungen als Verfolgte im Faschismus und durch den gemeinsamen Willen zum Aufbau eines eigenständigen Landes, dessen Lebensfähigkeit von vielen angezweifelt wurde, geprägt war.

Die Sozialpartnerschaft, die eigentlich eine Wirtschaftspartnerschaft darstellen sollte, wollte ursprünglich die hohe Nach-

kriegsinflation über die Lohn- und Preisabkommen in den Griff bekommen. Die gemeinsame Orientierung am Wirtschaftswachstum als Lösung auch für die sozialen Probleme waren Ziel und Grundlage für das Funktionieren der Sozialpartnerschaft. Die Gewerkschaften erwarteten sich steigenden Lebensstandard und die Vollbeschäftigung für die Arbeitnehmer. Verzichtet wurde auf eine grundlegende Änderung der Einkommensverteilung. Dieser Preis, den die Arbeitnehmerschaft der Sozialpartnerschaft bereit war, zu zahlen, wurde deshalb als nicht so hoch angesehen, weil alle steigenden Ansprüche der Arbeitnehmer durch steigendes Wachstum kompensiert werden konnten, und weil das Wachstum mit einer Vermehrung von Arbeitsplätzen und der Sicherung der Vollbeschäftigung einherging. Eine Überprüfung, ob mit der Wirtschaftspartnerschaft die Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital hergestellt werden könnte, wurde nicht vollzogen; die weitgehend gleichgelagerten Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Lösung kurz- und mittelfristiger Probleme in den Betrieben selbst standen im Vordergrund der Überlegungen.

Vor diesem historischen Hintergrund vollzog sich seit Beginn der fünfziger Jahre ein technologischer Wandel, dem die Gewerkschaften schon sehr früh grösstes Augenmerk widmeten, wenngleich erst die Entwicklung der letzten Jahre die Dimensionen dieser technologischen Revolution deutlich machte und die Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Seite der Problematik sichtbar wurde.

Ausgehend von Berichten über die Entwicklung in der Autoindustrie Amerikas, die nach Rekordproduktivität und Rekordproduktionen, aber mangelnden Absatz in der Entlassung Hunderttausender Automobilarbeiter mündete, beschäftigte man sich auch in Österreich mit den wirtschaftlichen wie sozialen Aspekten dieser Automationswelle, die zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich auf die Produktion beschränkt war. Viele Experten meinten damals, dass technische und wirtschaftliche Voraussetzungen wie in den USA in Österreich kaum gegeben seien und eine gewisse technologische Arbeitslosigkeit nur im Anfangsstadium und nur lokal zu befürchten sein werde.

Lediglich der damalige Sozialminister Anton Proksch warnte vor der Unterschätzung des Problems. Er betonte:

«Nur in einer Wirtschaft, in der das Sozialprodukt stark vermehrt wird, in der die Zahl der Arbeitsplätze wächst und die Lebenshaltung der Massen ständig verbessert wird, kann die Industrie ohne katastrophale Folgen für die Gesamtheit automatisiert werden... Durch die Automatisierung steigen Produktivität und Produktion. Aber im Zusammenhang damit muss auch die Nachfrage nach den erzeugten Gütern steigen. Dazu ist die Erhöhung der Lohn-, Gehalts- und Renteneinkommen notwendig.»

Bereits 1957 fand eine internationale Tagung der Privatangestellten statt, die sich mit der bis dahin nur für den Produktionsbereich diskutierten Automation auch im Zusammenhang mit der Büroarbeit beschäftigte. 1959 beschäftigte sich eine ÖGB-Tagung mit der «neuen technischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf die Gewerkschaften». Beim 4. ÖGB-Bundeskongress im gleichen Jahr war das Hauptreferat der «Zweiten Industriellen Revolution» gewidmet. Die Aussagen: zeitgerechte vorausschauende Beschäftigung mit den Problemen der Automation; die Anpassung der Löhne und Gehälter an die gestiegene Produktivität, damit die Kaufkraft mit dem vermehrten Angebot von Waren Schritt hält; Verkürzung der Arbeitszeit - nicht nur durch Verringerung der wöchentlichen Arbeitsstunden, sondern auch durch Verlängerung der Schulzeit, Herabsetzung des Pensionsalters und Verlängerung des Urlaubs - und schliesslich Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung an die Erfordernisse häufigen Berufswechsels als Folge der Automation.

Schon damals hat sich also die Gewerkschaftsbewegung - im Gegensatz zum Wirtschaftsdefaitismus der Unternehmer - mit neuen Entwicklungen auseinandergesetzt und gefordert, dass durch wissenschaftliche Forschung und humane, sozial kontrollierte technische Entwicklung der Rückstand Österreichs rasch überwunden wird.

Wenn heute Unternehmervertreter den Gewerkschaften vorwerfen, sie seien Verhinderer eines technischen Fortschrittes, so ignorieren sie bewusst die Geschichte der österreichischen Entwicklung.

Selbstverständlich haben die Gewerkschaften immer gefordert, dass der technische Fortschritt human und im Interesse der arbeitenden Menschen gestaltet werden muss und dass die Gewerkschaften durch vermehrte Mitbestimmung von allem Anfang an in die Fortentwicklung der Technik miteinbezogen werden. Dabei war stets der entscheidende Massstab, den Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen, und nicht die Maschine zum Mass aller Dinge zu machen.

Warnsignal Arbeitslosigkeit

Die Arbeit hat sich in unserer Gesellschaft in Quantität und Qualität unglaublich gewandelt. Die markanteste Änderung zeigt sich im Anteil der Beschäftigten in den verschiedenen Wirt-

schaftssektoren in Österreich. Der Abbau von mehr als 200 000 Arbeitnehmern in der Landwirtschaft seit den fünfziger Jahren und eine Produktionssteigerung grossen Ausmasses war nur durch den Einsatz rationeller Technologien und den damit verbundenen Anstieg der Produktivität möglich. Nur noch 8 Prozent der Erwerbstätigen versorgen heute den Rest der Bevölkerung mit den nötigen Nahrungsmitteln.
In der Industrie hat sich der Rationalisierungseffekt nur durch eine immense Ausweitung der Produktion verzögert.
So wie die Arbeiter aus der Landwirtschaft in die Industrie abgewandert sind, so sind sie später in die Dienstleistung übergewechselt. Gar nicht freiwillig zumeist, aber die ständig steigenden Wachstumsraten der Hochkonjunktur haben zumindest neue Arbeitsplätze bereitgestellt. 57 Prozent der österreichischen Arbeitnehmer sind gegenwärtig in der Verwaltung und im Dienstleistungsbereich tätig.
Die Arbeitslosenraten waren vor der abrupt einsetzenden Rezessionsphase in der ganzen industrialisierten Welt niedrig. In den Entwicklungsländern war davon allerdings nichts zu bemerken. Die unbeschreibliche Armut grosser Teile der Bevölkerung, Katastrophen und Wirtschaftskonzepte, die in Verbindung mit einer instabilen politischen Situation den Keim eines Zusammenbruches bereits in sich trugen, und die Unfähigkeit der sich selbst als hochentwickelt bezeichnenden Industriestaaten, ein wirtschaftliches Auf- und Erholen der Länder der Dritten Welt zuzulassen oder gar aktiv dazu beizutragen, war allerdings schon damals ein Warnsignal, das nur von wenigen – wie zum Beispiel den Wissenschaftern des Club of Rome – genügend beachtet wurde.
Und so nimmt es nicht wunder, dass seit 1973/74 auch die industrialisierte Welt in eine tiefgreifende Krise geschlittert ist, die durch konservative Wirtschaftsmassnahmen noch verschärft wurde. Eine Krise, die sich an sinkenden Wachstumsraten und steigenden Arbeitslosenzahlen ablesen liess.
In Österreich ist durch eine eindeutige Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die der Beschäftigungssicherung und der aktiven Schaffung von Arbeitsplätzen den Vorrang gab, und durch den Einfluss starker Gewerkschaften der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen im internationalen Vergleich in Grenzen gehalten worden. Von einer Arbeitslosenrate von 1,2 Prozent im Jahr 1973 stieg sie auf 4,5 Prozent im Jahr 1984, für 1985 werden 4,4 bis 4,6 Prozent erwartet. Man kann also mit Recht behaupten, dass in Österreich Entwicklungen, die sich in andern Ländern zeigten, aufgefangen oder wenigstens gebremst wurden.
In den letzten Monaten sind Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung an steigenden Wachstumsraten abgelesen worden. Der sogenannte Silberstreif am Konjunkturhimmel wird aber für viele eine Fata Morgana bleiben, wenn er nicht mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit verbunden ist.

Trügerische Verheissungen

Leider – und das muss man deutlich unterstreichen – gibt die Entwicklung und die Absichtserklärung von seiten der Unternehmer auch im Hinblick auf die Erholung der Weltwirtschaft zu keiner Hoffnung Anlass, dass Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt zum Vorteil der arbeitenden Menschen eingesetzt werden. Im Gegenteil – Investitionen führen in den Betrieben vermehrt zur Wegrationalisierung von Arbeitskräften. Damit Unternehmen Gewinne erzielen, werden nicht unbedingt mehr Menschen gebraucht, die Relation zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verschiebt sich weiter zuungunsten der arbeitenden Menschen, die nur eine Ware zu verkaufen haben – nämlich ihre Arbeitskraft. Wenn jeder Betrieb darauf ausgerichtet ist, durch die Anwendung neuer Technologien die Produktivität zu erhöhen und die Personalkosten zu senken, kann das Ergebnis durchaus ein wachsendes Bruttosozialprodukt bei gleichzeitig zunehmender Arbeitslosigkeit sein.
Eine positive Wirkung auf die Zahl der Arbeitsplätze ist nur gegeben, wenn die Produktion schneller ansteigt als die Produktivität pro Beschäftigten.
Dies gilt um so mehr, wenn man die Investitionsziele der österreichischen Unternehmer (laut einer Umfrage der Industriellenvereinigung) kennt: 67 Prozent der Investitionen werden ausschliesslich für Rationalisierungszwecke eingesetzt.
Während der sechziger und frühen siebziger Jahre wucherten die Prophezeiungen der «technologischen Optimisten» auf das üppigste. Die Technik, so glaubten viele, würde die Arbeiter in den zukünftigen vollautomatisierten Fabriken von ihrer vormaligen Knechtschaft im Dienste der Maschine befreien. Hochqualifiziertes Personal mit einem erweiterten Verantwortungsbereich würde vielschichtigeren und mehr Befriedigung verschaffenden Aufgaben nachgehen, und die Fabriken würden durch die Automatisierung nicht nur sauberer und sicherer, sondern auch geistig anregender werden.
Bisher ist die Verheissung der neuen Ära für die manuell Beschäftigten – eine Ära im Zeichen höherer Qualifikation, geistiger Herausforderung und interessanter Tätigkeiten – von ihrer Verwirklichung allerdings weit entfernt.

Die bestehende Arbeitsorganisation begünstigt ganz einfach nicht die Entwicklung von Berufsbildern, die durch Vielseitigkeit und Kreativität gekennzeichnet sind oder hohe fachliche Qualifikation verlangen.
Und selbst dort oder gerade dort wo automatisierte Fertigungsanlagen geschickte, diagnosefähige, bewusste Arbeitnehmer erfordern, bleibt für unqualifizierte Arbeiter kein Platz mehr. Dass darin die ganze Brisanz einer Spaltung in die arbeitsbesitzenden Höherqualifizierten und die arbeitslosen Minderqualifizierten und eine Polarisierung zwischen den verschiedenen Gruppen von Arbeitsbesitzern liegt, kann von den Gewerkschaften, deren wesentlicher Grundwert die Solidarität ist, nicht ausser acht gelassen werden.

Besorgniserregende Prognosen

In der industriellen Produktion hat sich der Rationalisierungseffekt zum Beispiel der Industrieroboter bereits in der Vergangenheit quantitativ ausgewirkt. Die amerikanische Automobilindustrie hat diesen technologischen Wandel bereits drastisch vollzogen. Die japanische Industrie, die sich durch die höchsten Wachstumsraten der Welt im letzten Jahrzehnt auszeichnet, hat dies mit einer immensen Produktionssteigerung und einem Abbau der Industriebeschäftigten erreicht.
Prognosen über die Auswirkung der Mikroprozessorentechnik auf die Büroarbeit sind ebenso besorgniserregend wie schwierig. Ausser Zweifel steht, dass der überwiegende Teil der Büroarbeitsplätze und viele der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich von der Mikroelektronik beeinflusst werden. Beeinflusst heisst aber nicht unmittelbar den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern bedeutet für die Verbleibenden, dass sich die Qualifikationsstruktur verändern wird, dass neue Anforderungen entstehen, aber ebenso neue Belastungen, dass der Arbeitende kontrollierbar wird und der Computer – was Schnelligkeit und Einsatzkapazität betrifft – ein nicht überbietbarer Konkurrent für den Menschen wird.
Die neuen Technologien schaffen neue Belastungen am Arbeitsplatz, denen Gesellschaft, Staat, Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr Beachtung widmen müssen. Es wird notwendig sein, bereits im Stadium der Planung neuer Maschinen darauf zu achten, dass die Technik den menschlichen Fähigkeiten angepasst ist und damit menschliche Geschicklichkeit und Qualifikation produktiver werden. Die Entwicklung weist im Moment aber eher in die gegenteilige Richtung. Die technischen Anlagen und Apparate sind effizienter und krisenanfälliger als Menschen: das bedeutet einen grösseren Leistungsdruck. Der Stress nimmt zu, man spricht bereits wieder von einer Enthumanisierung der Arbeit – wenn sie überhaupt jemals als «human» bezeichnet werden konnte.

Die Arbeitsintensität wird sich durch den Wegfall von sogenannten «unproduktiven» Handgriffen im Arbeitsablauf verstärken. Ein besonderes Problem aber wird die geistige Unterforderung wegen schwindender Arbeitsinhalte sein. Diese – individuell wie kollektiv gesehen – einschneidenden Veränderungen unserer Arbeitswelt werden auf das soziale Klima nicht unwesentlich Einfluss haben, denn die Leistungs- und Verhaltenskontrollmöglichkeiten über das Personal sind gross. Es können nicht nur alle Handgriffe kontrolliert, sondern auch Fehlminuten und Leistungsvergleiche automatisch registriert werden. Menschliche Kontakte am Arbeitsplatz verkümmern, und damit auch die gewerkschaftliche Organisationsbereitschaft.

Der Mensch muss über der Maschine stehen

Die verschiedensten negativen Auswirkungen bringen eine Belastung für das Arbeitsklima zwischen einzelnen Arbeitnehmerkategorien: Männer/Frauen, Inländer/Ausländer, Ältere/Junge. Die Gefahr einer Entsolidarisierung ist entsprechend gross.
Diese Entwicklung darf nicht tatenlos akzeptiert werden. Wir müssen daher bei den arbeitenden Menschen ein Problembewusstsein schaffen, und wir müssen rechtzeitig Strategien für deren Lösungen entwickeln. Wir müssen diese Bewusstseinsbildung bei den Menschen sehr schnell in Angriff nehmen, denn 34 Millionen Menschen in der westlichen Welt und 800 Millionen in den Entwicklungsländern haben Tag für Tag unendliche «Freizeit».
Die Zukunft der Arbeit kann es nicht sein, dass die einen Arbeit haben und die anderen nicht. Die Zukunft kann es aber auch nicht sein, dass die, die Arbeit haben, diese als Zwangsarbeit ansehen müssen.
Die Vision einer arbeitslosen, das heisst menschenlosen Arbeitswelt, muss uns zwangsläufig zu Überlegungen führen, wie wir die grosse Zahl der «frei» werdenden Arbeitskräfte bewältigen und ihnen die ökonomische Basis für das Leben, aber auch die soziale und gesellschaftliche Grundlage in Form einer sinnvollen Beschäftigung geben.
Ich bin überzeugt, dasss die Probleme dann lösbar sind, wenn sie von allen mit Verantwortungsbewusstsein bearbeitet werden. Die Gewerkschaften als bewusste Interessenvertreter müssen ihre Aufgabe darin sehen, Entwicklungen, die gegen die Interessen der arbeitswilligen und

arbeitsfähigen Menschen (also auch jener, denen momentan das Recht auf Arbeit vorenthalten wird) gerichtet sind, rechtzeitig zu verhindern.
Dies wird einerseits durch offensive Strategien, wie Arbeitszeitverkürzung und wirtschaftliche Einflussnahme, durch eine beschäftigungsorientierte Innovations- und Investitionsförderung geschehen können. Gleichzeitig muss aber kurzfristig dafür gesorgt werden, dass durch erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer der Schutz der Betroffenen gewährleistet ist. Schutzmechanismen sind nicht als defensive Strategie zur Verhinderung einer Weiterentwicklung der technologischen Innovation anzusehen, sondern als Norm für die Vermenschlichung der Technik, denn nur wenn der Mensch über der Maschine steht und wenn gleichzeitig der Mensch und seine Arbeit den gleichen Stellenwert wie das Kapital oder Profitinteressen haben, kann die Zukunft der gesamten Gesellschaft human und demokratisch gestaltet werden.
Diese Aufgabe haben wir alle im Interesse der zukünftigen Gesellschaft und somit letztlich in unserem eigenen Interesse zu lösen. Und ich baue dabei auf die Unterstützung und Kampfbereitschaft von uns allen und von 1,6 Millionen ÖGB-Mitgliedern!

Copyright by «Zukunft»,
Sozialistische Zeitschrift für
Politik, Wirtschaft und Kultur

Das neue Wirtschaftsprogramm der SPD Schleswig-Holstein

Recht auf Arbeit verwirklichen

Der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft

Die SPD Schleswig-Holstein hat auf ihrem Parteitag in Reinbek ein wirtschaftspolitisches Programm «Zukunft der Arbeit» verabschiedet. Nach Einschätzung des wiedergewählten Landesvorsitzenden Günther Jansen könnte es auch für die Bundes-SPD mehrheitsfähig sein. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem umfangreichen Papier.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss... auf eine an ökologische Gesetzmässigkeit ausgerichtete Volkswirtschaft hinarbeiten, sie muss das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen verwirklichen, sie muss die Massenarbeitslosigkeit abbauen, die technologischen Veränderungen demokratisch sozial steuerbar machen und einen solidarischen Ausgleich mit der Dritten Welt anstreben.
In der Tradition der Arbeiterbewegung ist Arbeit in der Form der Erwerbsarbeit Mittel zur Existenzsicherung und Lebensinhalt zugleich. Gegenwärtig verändern sich jedoch Art und Umfang der Erwerbsarbeit vor allem durch den technologischen Wandel. Dies eröffnet die Chance, macht es aber auch notwendig, Arbeit inhaltlich neu zu bestimmen.

Trennung überwinden

Der traditionelle Begriff der Arbeit muss überführt werden in ein Verständnis sinnvoller Tätigkeit, das die Trennung zwischen Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Arbeit, zwischen privatem und öffentlichem Leben überwindet.
Selbstbestimmte Tätigkeiten im Bereich der Freizeit, der Eigenarbeit und bestimmter Ehrenämter, der Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit und genossenschaftlichen Kooperation müssen als gleichwertig neben die Erwerbsarbeit treten.
Von daher sehen es Sozialdemokraten auch als ihre Aufgabe an, Möglichkeiten für Eigenarbeit und andere sinnerfüllte gesellschaftliche Betätigungen, vor allem im sozialen und kulturellen Bereich zu fördern und zu schaffen und gesellschaftliche Arbeit und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen gleichberechtigt aufzuteilen.
Wir wollen das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen verwirklichen, und wir wollen auch ein ausreichendes Einkommen für die Menschen sichern, die nicht oder nur teilweise am Erwerbsleben teilnehmen.
Ein denkbares Instrument hierfür ist ein bedarfsgerechtes soziales Mindesteinkommen für diejenigen, die nicht über ausreichendes Einkommen aus Erwerbsarbeit oder anderen Quellen verfügen. ...

Neue Instrumente

Zur Durchsetzung einer sozial gesteuerten und an ökologischen Gesetzmässigkeiten ausgerichteten Volkswirtschaft reicht das herkömmliche Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik nicht aus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung mit fiskalischen Mitteln und staatlichen Investitionsprogrammen nur begrenzt zu beeinflussen ist. Deshalb brauchen wir neue Formen volkswirtschaftlicher Kontrolle und Steuerung: die Ausdehnung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie auf allen Ebenen